



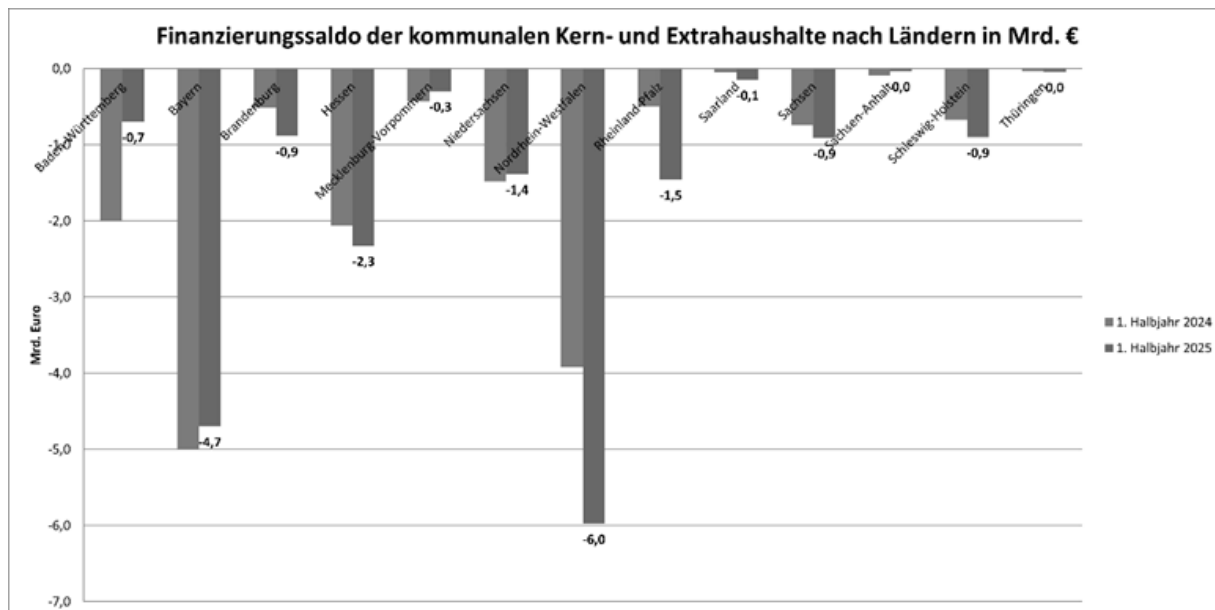
Kommunales Finanzierungsdefizit steigt im 1. Halbjahr 2025 auf historische -19 Mrd. Euro an

Das 1. Halbjahr 2025 schloss der Staat mit einem Defizit in Höhe von 58,5 Mrd. Euro ab. Während Bund und Länder ihre Defizite teils deutlich verringern konnten, verschärft sich die Situation auf kommunaler Ebene weiter. Der ohnehin schon höhere negative Finanzierungssaldo in Höhe von -19,7 Mrd. Euro (Kern- und Extrahaushalte) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist tatsächlich durch in signifikantem Ausmaß vorgezogenen Schlüsselzuweisungen in Baden-Württemberg sogar noch geschönt. Bund und Länder müssen dringend handeln, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen wenigstens ansatzweise zu bewahren. Ohne eine Entlastung bei den Sozialausgaben und höheren Anteilen an den Gemeinschaftssteuern erodiert die kommunale Ebene als Basis unserer Demokratie weiter.

Am 07.10.2025 hat das Statistische Bundesamt die vorläufigen Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik veröffentlicht. Der Öffentliche Gesamthaushalt hat im 1. Halbjahr 2025 rund sechs Prozent mehr ausgegeben und immerhin sieben Prozent mehr eingenommen als im 1. Halbjahr 2024: Einnahmen von 992,7 Mrd. Euro standen Ausgaben von erstmalig über einer Billion Euro (1.051,2 Mrd. Euro) gegenüber. In der Summe hat sich damit das Finanzierungsdefizit der Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung leicht auf -58,5 Mrd. Euro verbessert (1. Halbjahr 2024 -68,4 Mrd. Euro). Bund (von -35,5 Mrd. Euro auf -30,0 Mrd. Euro nach dem 1. Halbjahr 2025), Ländern (von -7,1 Mrd. Euro auf -2,4 Mrd. Euro) und Sozialversicherungen (von -8,5 Mrd. Euro auf -6,4 Mrd. Euro) konnten dabei ihre Defizite verringern. Anders auf kommunaler Ebene; hier fiel das ohnehin schon dramatische Finanzierungsdefizit nochmals schlechter aus.

Entwicklung Kommunen

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nochmals verschlechtert. So wiesen die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) in Deutschland im 1. Halbjahr 2025 ein Finanzierungsdefizit von -19,7 Mrd. Euro auf, nach -7,3 Mrd. Euro in 2023 und -17,5 Mrd. Euro nach dem 1. Halbjahr 2024. Das Defizit geht dabei nahezu allein auf die Kernhaushalte zurück. Die Extrahaushalte lagen mit -700 Mio. Euro verhältnismäßig nur leicht im Minus. Das Defizit der Kernhaushalte ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum somit weiter auf nunmehr 19,0 Mrd. Euro angewachsen (1. Halbjahr 2024 -17,5 Mrd. Euro). Tatsächlich ist die Entwicklung aber sogar noch schlechter, da in Baden-Württemberg Schlüsselzuweisungen vorgezogen wurden. Hierdurch lässt sich auch der Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen in Baden-Württemberg um 57,5 Prozent (+2,5 Mrd. Euro) sowie die spürbare Verbesserung des Saldos im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erklären. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung der kommunalen Kern- und Extrahaushalte in den Ländern wie folgt dar:



Ausgabenseitig war die Entwicklung bei den Kern- und Extrahaushalten ähnlich:

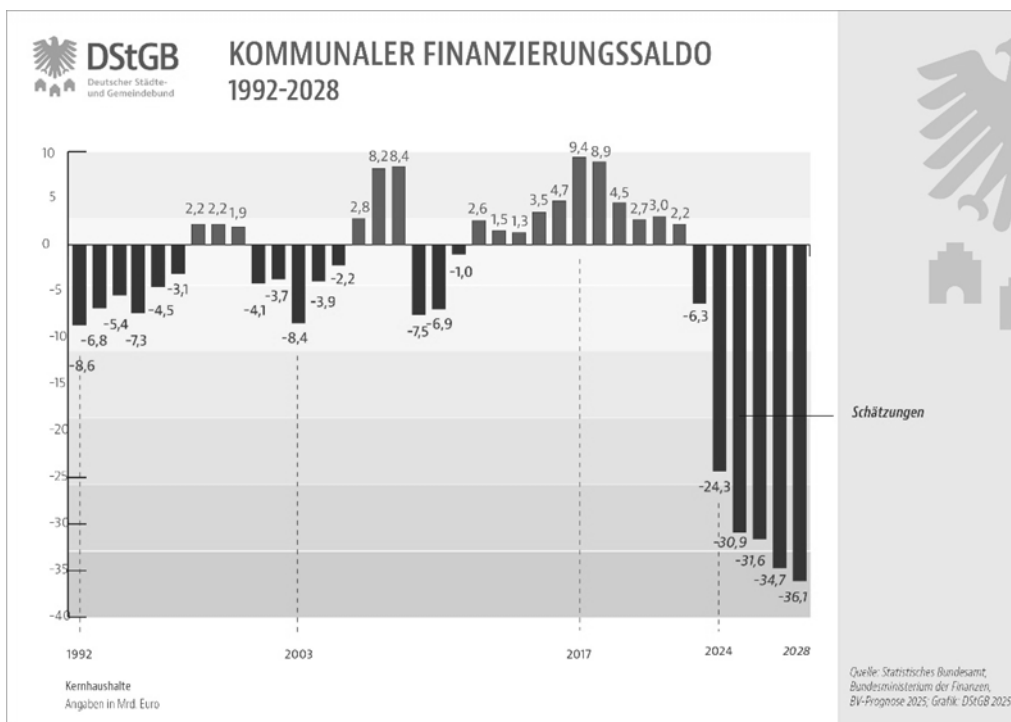
- Personalausgaben +6,3 % auf 52,0 Mrd. Euro
- Soziale Leistungen +6,4 % auf 44,5 Mrd. Euro
- Laufender Sachaufwand + 5,6 % auf 47,6 Mrd. Euro
- Sachinvestitionen +5,5 % auf 22,6 Mrd. Euro

Hervorzuheben sind auf der Ausgabenseite ansonsten noch die deutlichen Steigerungen bei den Zuschüssen für laufende Zwecke an den nicht-öffentlichen Bereich mit 7,9 Prozent auf 24,1 Mrd. Euro (u. a. Förderung Kitas und anderer Einrichtungen in freier Trägerschaft) sowie der Anstieg der Zinsausgaben um 18,8 Prozent auf 2,1 Mrd. Euro. Hier schlagen immer mehr die Zinswende und das Auslaufen von Krediten aus der Niedrigzinsphase sowie die fiskalisch erzwungene Aufnahme von neuen Schulden durch.

Auf der Einnahmeseite stagnieren die Gewerbesteuereinnahmen (netto bei 31,4 Mrd. Euro), während die Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren merklich um 8,2 Prozent auf 25,1 Mrd. Euro anstiegen.

Anmerkung:

Die Halbjahreszahlen unterstreichen die düstere Prognose zur Entwicklung der Kommunalfinanzen. Es muss davon ausgegangen werden, dass das ohnehin bereits historische Defizit im vergangenen Jahr nochmals schlechter ausfällt. In ihrer jährlichen Prognose haben die kommunalen Spitzenverbände im Sommer bereits ein neues Rekorddefizit für das laufende Jahr in Höhe -30,9 Mrd. Euro prognostiziert.



Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden ist dramatisch und verschärft sich weiter. Infolge der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen sind gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Prosperität akut gefährdet. Bund und Länder müssen daher umgehend zügig wirksame Maßnahmen zur Sicherung der kommunalen Handlungs- und Investitionsfähigkeit ergreifen. Unabdingbar sind dabei eine Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben sowie eine Erhöhung der gemeindlichen Anteile an den Gemeinschaftssteuern. Zudem ist eine echte Konnexität notwendig, die kostenintensive Standardanpassungen sowie Erweiterungen bestehender Aufgaben umfasst. Dies gilt auch für die Gesetzgebung auf europäischer Ebene, deren Umsetzungsaufwand den Städten und Gemeinden konnex ausgeglichen werden muss.

Weitere Informationen:

Statistischer Bericht „Vierteljährliche Kassenergebnisse der Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts“ voraussichtlich ab Mitte Oktober 2025 verfügbar über:

www.destatis.de

(Quelle: DStGB-Aktuell 4125-04)

pa-ds